

# Splitter aus dem Burgbernheimer Stadtrat

Stromkunden der Stadtwerke Burgbernheim erhalten in den kommenden Tagen Post. Grund ist eine Preiserhöhung um 1,5 Cent pro Kilowattstunde (netto) bei allen Frankenprodukten. Zwar werte die Stadt einen niedrigen Stromtarif nicht zuletzt als Standortvorteil für die heimische Industrie, „für 2008 kommen wir um eine Stromerhöhung aber nicht herum“, informierte Bürgermeister Matthias Schwarz. Immerhin könnten die Stadtwerke Burgbernheim dank einer Kooperation mit mehr als 30 anderen Werken noch vergleichsweise günstige Einkaufspreise aushandeln. Dies beweist auch die gute Platzierung Burgbernheims bei einem Strompreis-Ranking. Bei den Gaspreisen ist eine Erhöhung um 0,4 Cent netto vorgesehen.

★

Robert Kett, Leiter der Hauptverwaltung, wird bei den anstehenden Kommunalwahlen im nächsten Frühjahr als Wahlleiter fungieren. Zum Stellvertreter wurde Kämmerer Rainer Rank bestimmt.

★

Die Chancen werden zwar realistisch gesehen und von Bürgermeister Schwarz als „nicht besonders gut“ gewertet, dennoch hat die Stadt ihren Wunsch, vom Klein- zum Untzentrum aufgestuft zu werden, bekräftigt. Ein Problem stellt vor der anstehenden Änderung des Regionalplans Westmittelfranken allerdings die Verschärfung der dafür zu erfüllenden Kriterien dar. Laut Kett bräuhete die Stadt unter anderem einen Einzugsbereich von 10 000 Einwohnern im so genannten Verflechtungsbereich, den die Stadt nicht vorweisen kann. „Uns fehlt das gewisse Etwas, um den Sprung in Richtung Untzentrum zu schaffen“, sieht Kett für Burgbernheim einige Faktoren erfüllt, andere dagegen schwer erreichbar. Was etwa die erforderliche Anzahl sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze angeht liegt die Stadt zwar deutlich über den Anforderungen für ein Kleinzentrum, die Mindestzahl für die Einstufung zum Untzentrum ist aber doch noch weit entfernt.

★

Zwei Maschinenhallen mit Entladestation für Getreide, eine

Förderanlage und ein 13 Meter hohes Getreidesilo können, zumindest wenn es nach der Stadtratsmehrheit geht, in Buchheim gebaut werden. Beim ersten Anlauf im Herbst war der Bauherr noch gescheitert, da die Stadträte in der Stahlträgerkonstruktion im Außenbereich keine Maschinenhalle, sondern allenfalls einen Aufbau für die geplante Photovoltaikanlage erkennen konnten. Letztere fehlte beim erneuten Antrag völlig, kann allerdings genehmigungsfrei nachträglich angebracht werden. Da es sich nicht um ein privilegiertes Bauvorhaben handelt, hatte die Verwaltung ihre Probleme mit dem Antrag, der Stadtrat teilte diese Bedenken allerdings bei zwei Gegenstimmen nicht. Die Genehmigung wurde an die Auflage eines Grünflächen-Ausgleiches geknüpft.

★

„Wer mitten im Ort baut, muss sich schon etwas anpassen“, diese Auffassung vertrat Peter Riemer (SPD) mit Blick auf den Bauantrag für ein Einfamilienhaus mit Pultdach, das im Buchheimer Ortskern entstehen soll. Auch Werner Staudinger (Freie Bürger) gab zu bedenken, dass das Gebäude mit Blechdach „mit der fränkischen Bauweise im Dorf“ nichts mehr zu tun habe, und sprach angesichts des Umfeldes von einer „verwegenen“ Optik. In den Empfehlungsbeschluss wurde der Wunsch des Stadtrates aufgenommen, die Bauherrin möge sich mit einem Satteldach mit entsprechender Dachneigung und einer roten Ziegeleindeckung anfreunden.

★

Westlich der Industriestraße soll Raum für die geplante Erweiterung einiger Industriebetriebe geschaffen werden, der Stadtrat gab den Startschuss für das weitere Verfahren.

★

Einstimmig beschloss der Stadtrat die Unterstützung des „Neustädter Appells“, des Bündnisses gegen Rechts. Laut Dietmar Leberecht (SPD) geht es den Initiatoren um eine „möglichst breite Basis“ für das Bündnis, dem mittlerweile über 3000 Einzelpersonen und etliche Kommunen ihre

Unterstützung per Unterschrift zugesichert haben.

★

Sowohl für den Stadtwald wie auch für den Bauhof stehen mittelfristig Investitionen in den Fuhrpark an, darauf bereiteten die beiden Referenten Gerhard Wittig beziehungsweise Georg Schelter (beide Freie Bürger) den Stadtrat vor. „So kann man sie nicht mehr draußen herumfahren lassen“, sprach Wittig von einem völlig „unzureichenden“ Fahrzeug, auf das die Waldarbeiter zurückgreifen müssen. Im Bauhof überwiegen bei zwölf beziehungsweise 15 Jahre alten Fahrzeugen mittlerweile die Reparaturkosten.

★

Auf positive Resonanz stieß die Anfrage von Peter Bauerreis (CSU), den Wohnmobilstellplatz auf Grund der konstant guten Belegung um einige Plätze zu erweitern. Laut Bürgermeister Schwarz wurden bereits erste Angebote für einen Ausbau eingeholt, außerdem konnte die Werbung dank der offensichtlich gut funktionierenden Mund-zu-Mund-Propaganda eingestellt werden. In diesem Jahr nahm die Stadt bereits „weit über 1000 Euro“ durch Strom und Wasser ein.

★

Alles andere als erfreulich ist dagegen die Entwicklung, was den ehemaligen Jugendraum betrifft. Zwar hat Jugendreferent Dietmar Leberecht nach eigenem Bekunden die Schlüssel für den Raum längst eingezogen, dennoch kam es in der jüngsten Vergangenheit zu Vandalismus. „So können wir nicht weitermachen“ plädierte Bürgermeister Schwarz für eine Grundreinigung und Generalsanierung der Räume. Nicht nur, dass der Raum zugemüllt wurde, es wurden zudem sämtliche Türen beschädigt. Sollten Jugendliche Interesse an einer Nutzung bekunden, müssten sie zuerst ein entsprechendes Konzept vorlegen und sich an der weitergehenden Renovierung beteiligen. Leberecht hatte dagegen die Auffassung vertreten, kein Geld zu investieren und die Jugendlichen entsprechend „in Vorleistung gehen zu lassen“. Dagegen widersprach aber auch Werner Staudinger vehement: „Der ganze Schrott gehört erst raus.“